

## **Protokoll der 9. Club FORUM Konferenz in Frankfurt/M. im November 2000**

Den Eröffnungsvortrag der diesjährigen Konferenz hielt **Carsten Weber** über **“die Ruhrgas Kooperation mit Gazprom“**.

Gas wird nach Deutschland aus Norwegen, der Nordsee, den Niederlanden und Rußland geliefert, wobei Rußland 35% des Gasaufkommens abdeckt. Die Bedeutung des Erdgases, das z.Zt. einen Anteil von 21% am Primärenergieverbrauch hält, wird, nicht zuletzt aufgrund von Umweltschutzabkommen, auf 27% ansteigen. Dabei wird der Anteil des russischen Gases zurückgehen zugunsten von norwegischem Gas, das Gesamtvolumen wird aber trotzdem zunehmen.

Die weltweit bedeutendsten Erdgasreserven befinden sich auf der Jamal-Halbinsel, d.h. 60% der weltweiten Gasreserven liegen bei Gazprom. Der Anteil wirtschaftlich rentabel zu fördernden Gases aus bereits existierenden Gasförderländern wird zurückgehen.

Rußland fördert z.Zt. 586 Mrd. m<sup>3</sup> Gas jährlich, davon gehen 131 Mrd. m<sup>3</sup> in den Export. Von diesen Exporten lebt Gazprom, da die Inlandspreise sehr niedrig sind. 50% des Gewinns aus dem Export wird an Steuern gezahlt, der Rest geht in Investitionen.

Die Zusammenarbeit zwischen Ruhrgas und Gazprom stammt aus den 70er Jahren, als das Mannesmann-Röhrengeschäft stattfand, unter Berücksichtigung des amerikanischen Vorbehalts, nicht mehr als 30% des Gesamtaufkommens an Gas in Deutschland dürfe aus der Sowjetunion kommen. 1970 wurde der erste Liefervertrag geschlossen, 1972 und `74 kamen gleich die nächsten hinterher, um die Liefermenge zu erhöhen. Die Verträge hatten eine Laufzeit von 20 Jahren und waren zunächst Festpreisverträge, was sich aber aufgrund der Ölkrise als problematisch erwies. Mit den nächsten Verträgen 1981 und 1985 wurde dies geändert.

Die Ruhrgas AG bezieht jährlich 21 Mrd. m<sup>3</sup> Gas aus Rußland und ist damit der größte Kunde Rußlands im Westen. Die

aktuellen Verträge haben eine Laufzeit bis 2020, bis 2030 gibt es feste Lieferzusagen über ein Drittel des Ruhrgasaufkommens.

1998 erhielt die Zusammenarbeit mit Gazprom eine neue Qualität, als Ruhrgas zunächst 2%, dann 4% an Gazprom erhielt. Auch wenn hieraus äußerst wenig Dividende zu erwarten ist, so hat diese Beteiligung den Vorteil der langfristigen Lieferzusagen zu niedrigeren Preisen, außerdem erhält Ruhrgas Einblick in die Geschäftspraktiken der Gazprom. Gazprom wiederum erhofft sich Hilfe bei Problemen.

Zusätzlich zu den Lieferbeziehungen gibt es auch Zusammenarbeit im technischen Bereich, für Netzrenovierung und –optimierung, für Gastransport, es werden Umweltschutzseminare und Weiterbildungsseminare für alle innerbetrieblichen Fragestellungen organisiert.

Was wäre der Tagungsort Frankfurt ohne das Thema Banken? So ging es dann unter dem Titel **“Die hängenden Gärten von Frankfurt“** zu einer architektonischen Führung durch **die Commerzbank Zentrale**.

Vor 1990 waren die Mitarbeiter der Commerzbank in ganz Frankfurt verstreut gewesen. Um für dieses Problem Abhilfe zu schaffen, wurde 1991 ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben, der von Norman Foster gewonnen wurde. Von Mai 1994 bis Mai 1997 wurde für 600 Mio. DM das Hochhaus errichtet, wobei allein 95 Mio. DM in die Außenfassade gingen, ohne EDV und Büromittel.

Den Grundriß des Turmes bildet ein gleichschenkliges Dreieck mit einer Seitenlänge von 60 m, in dessen runden Ecken Transport- und Versorgungsschächte liegen. Innerhalb dieses Dreiecks liegt ein 185 m hohes dreieckiges Atrium mit einer Seitenlänge von 18 m, das vor allem der Belüftung und Beleuchtung dient. Das bedeutet, daß auch die Innenbüros mit Tageslicht beleuchtet werden.

Sehr außergewöhnlich: die hängenden Gärten. Neun an der Zahl, winden sie sich spiralförmig über je 4 Stockwerke nach oben. Jede Himmelsrichtung (O, S, W) ist anders bepflanzt. In den Gärten werden z.T. Cafés betrieben, haben einen hohen Freizeitwert - und zu ihrer Pflege ist ein Vollzeitgärtner eingestellt.

Gefordert waren beim Wettbewerb Energieeinsparungen und die Zusammenführung der Mitarbeiter. Ersteres wurde erreicht. Dank ausgeklügelter Haustechnik (Wärmerückgewinnung, Kühldecke, Lichtsensoren, Bewegungsmelder) und Klimafassade wurde die angestrebte Energieeinsparung von 30% gegenüber konventionellen Bauten mit 40% bereits übertroffen. Aber auch heute sind die Mitarbeiter der Commerzbank wieder in ganz Frankfurt verstreut.

In Frankfurt gibt es nicht nur Banken, sondern auch das **Internationale Netzmanagementzentrum der Deutschen Telekom AG**. Warum gerade hier? Weil es alleine in Frankfurt ein 3.000 km langes Glasfasernetz mit einer Gesamtlänge von 88.000 km zuzüglich 12.000 km Kupferkabel gibt.

Das Netzmanagementzentrum der Telekom befindet sich in einem Neubau mit 20.000qm Geschoßfläche, 6.000 qm Bürofläche. Das Gebäude kostete 50 Mio. DM, hinzu kamen 18 Mio. DM für die Technikgrundausrüstung. Hier arbeiten ca. 300 Menschen 7 Tage die Woche rund um die Uhr.

Kernstück des Gebäudes und weltweit bisher einmalig ist eine aus 96 Elementen bestehende 72 qm große Bildleinwand, die von einem 3,4 Gigabit /Sekunde schnellen Rechner gesteuert wird. Diese Bildwand zeigt alle Datenstrecken der Telekom weltweit und ermöglicht die Überwachung der Auslastung sämtlicher Netze. Störungen werden rot angezeigt, davon evtl. in Mitleidenschaft gezogene Strecken gelb. Zur Lösung auftretender Probleme bietet die Netzwand "Bildwürfel" an, deren 6 Seiten nach verschiedenen Parametern abgefragt werden können. Im Fall bestehender Probleme schlägt die Wand eine Ersatzschaltung vor.

Um vor kommenden Problemen frühzeitig gewarnt zu werden, laufen permanent CNN-Nachrichten. Eindrucksvolles Beispiel: CNN brachte die ersten Nachrichten über das Erdbeben in der Türkei. Es war klar, daß der Bedarf an Übertragungskapazitäten sprunghaft ansteigen würde. Die Telecom konnte im Vorfeld reagieren.

Auch die Abrechnung mit internationalen Carriern wird in Frankfurt getätigt. Jährlich werden 13 Mrd. Gesprächsminuten mit dem Ausland abgewickelt, d.h. importiert, exportiert, durchgeleitet. Dem entsprechen 25.000 Menschen, die alle 1 Jahr lang ohne Unterbrechung telefonieren.

Passend zum Thema Banken der Vortrag von **Eckart Vogler: Aktienhandel: El Dorado oder Katalysator der ökonomischen Effizienz.**

Mit Aktienhandel war hier nicht der Verkauf von Aktien an Privatkunden gemeint, sondern Investmentbanking, d.h. die Platzierung von und der Handel mit Wertpapieren und ihren Derivaten und damit verbundene Dienstleistungen, meist für den institutionellen Kunden. Solche finden in einem von einer Vielzahl von Gesetzen streng reglementierten Rahmen statt.

Innerhalb einer Bank sind folgende Abteilungen beteiligt: - der direkte Handel, - das Back-Office, das sich mit Zahlung, Abwicklung und Buchung befaßt, - das Rechnungswesen, das für Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung und Eigenkapitalberechnung zuständig ist, - und organisatorisch streng davon getrennt das Risikocontrolling.

Der Handelsbereich ist wiederum klassischerweise in 4 Organisationen unterteilt: - die Sales-Gruppe, die mit Investoren Gespräche führt, sie berät, Geschäfte abwickelt und die Provision errechnet; - die Research-Gruppe erstellt volkswirtschaftliche Analysen sowie Analysen von Banken und Unternehmen; - der Support ist zuständig für Geschäftserfassung, die richtige Verbuchung im System und die Überwachung der Abwicklung; - der Handel im engeren Sinne, d.h. der Handel auf Rechnung und Initiative der Bank, umfaßt den Devisenhandel und den Kassahandel

(Handel von börsennotierten Aktien innerhalb von 2 Tagen). Der klassische Handelsbereich bietet Beratung sowohl für Investoren (im Geldanlagebereich) als auch für Unternehmen (im Geldaufnahmebereich) an.

Der Handelsbereich im engeren Sinne kann unterschiedlich organisiert sein. Im Bereich des Kassahandels ist eine Aufteilung nach Ländern oder Marktsegmenten denkbar, eine Aufteilung nach Sektoren, z.B. DAX, NEMAX, oder die Konzentration auf Bereiche wie Banken und Versicherungen. Im Bereich des Derivatehandels wird unterschieden zw. retail (Handel mit Kleinkunden) und wholesale (Handel mit Großkunden und anderen Marktteilnehmern).

Bei Aktien unterscheidet man einmal zwischen Inhaberaktien (die Übertragung erfolgt einfach durch Kauf) und Namensaktien (Aktien lauten auf den Namen des Inhabers). Dieser wird im Aktionärsbuch des Eigentümers eingetragen, falls er nicht widerspricht. Allerdings muß ein Aktionär offenlegen, wenn er mindestens 5% des Aktienbesitzes eines Unternehmens hält. Der Vorteil für das Unternehmen besteht darin, daß es die Eigentümerstruktur kennt und seine Kunden direkt "betreuen" kann.

Eine andere Unterscheidung ist die nach Art der Rechte. Bei der Stammaktie haben alle Aktionäre die gleichen Rechte. Bei der Vorzugsaktie gibt es Sonderrechte für den Inhaber. Er erhält z.B. eine höhere Dividende, hat aber kein Stimmrecht.

Die Abteilung Risikocontrolling führt für jedes Geschäft eine Marktgerechtigkeitsprüfung durch: Wurde das Aktiengeschäft zu marktgerechten Bedingungen abgewickelt? Sie nimmt eine handelsunabhängige Bewertung vor und übernimmt die Risikosteuerung, indem sie den größtmöglichen Verlust/Gewinn, den die Bank machen kann, ausrechnet, nach 2 Tagen sich das tatsächlich erzielte Ergebnis ansieht und, falls Gewinn/Verlust aus dem Rahmen fallen, den Rahmen u.U. ändert.

Um auf die im Titel gestellte Frage zurückzukommen: Ein Eldorado ist der Aktienhandel sicherlich nicht. Er fordert eine hohe Strebtoleranz beim Händler, den Gewinnmöglichkeiten steht ein eben so hohes Verlustrisiko gegenüber, und nicht zu-

letzt unterliegt er strengen Gesetzen und Regeln.

Ein zweiter Schwerpunkt in Frankfurt war der Themenbereich Menschenrechte – Fremdenhass – Antisemitismus. Eingeleitet wurde er durch eine **alternative Stadtrundfahrt**, die an Stätten des Nationalsozialismus vorbeiführte und an die Geschichte der Juden in Frankfurt erinnerte. Geführt wurden wir von **Herrn aus dem Seniorenarbeitskreis des DGB**.

Anfang der 80er Jahre erstarkte die rechte Bewegung in Deutschland wieder, zogen Vertreter rechter Parteien in die Stadtparlamente ein, außerdem wurde man sich im Seniorenarbeitskreis des DGB der Tatsache bewußt, daß aus biologischen Gründen die alten Kollegen aus dem Widerstand bald keine Auskunft über die Vergangenheit mehr geben konnten. Also gründete man innerhalb des Seniorenarbeitskreises eine Gruppe "Alternative Stadtrundfahrten", deren erste 1982 stattfand. Bewundernswert das Engagement der alten und älteren Leute, die nicht zuletzt mit "Offiziellen" der Stadt und der Polizei immer wieder Schwierigkeiten bekamen, auf Unverständnis stießen, aber nicht lockerlassen!

Mit "**Faustkämpfen als Phänomen der russischen Kulturgeschichte**" machte uns **Thomas Held** bekannt, ein Thema, das schon im Vorfeld zu wilden Spekulationen hinriß. Diese ritualisierten Faustkämpfe waren einzigartig in der europäischen Kulturgeschichte, es handelte sich um vormoderne Kampfspiele, die nichts mit Wirtshausschlägereien, Zweikämpfen, Schlägereien bei Familienfesten oder "Hooliganstvo" zu tun hatten. Eine erste Erwähnung stammt aus dem Jahre 1557, wo von Faustkämpfen einer großen Anzahl von Leuten am Sonntag die Rede ist. Aber noch aus den 20er Jahren gibt es Beschreibungen, aus denen sich das Schema dieser Faustkämpfe gut erkennen läßt: Eine große Anzahl von Menschen, bis zu 1.500, verabreden sich an einem bestimmten Tag, stellen sich in 2 Reihen gegenüber, versuchen die jeweils andere

Gruppe in eine bestimmte Richtung zu drängen. Unter Umständen wird zwischendurch eine Pause eingelegt, um über den Kampf zu diskutieren, danach geht es weiter. Hat eine Gruppe gewonnen, d.h. die andere bis zu einem bestimmten Punkt abgedrängt (Dorfgrenze, Flußufer), wird der Kampf beendet, die Verletzten und Toten geborgen – und gemeinsam gefeiert und der Kampf besprochen. Solche Faustkämpfe fanden auch in der Stadt statt, z.B. zwischen Handwerkergruppen, Händlern, Kleinbürgern.

Auch feste Regeln gab es. In der Aufstellung der Gruppe kamen zuerst die Jungen, dann Jugendliche, dann die unverheirateten Männern, zuletzt griffen in den Kampf die verheirateten, "gestandenen" Männer ein. Es gab keinen Anführer oder Chef, sondern eine Gruppe von Männern, auf die man sich vor Kampfbeginn einigte. Ein Kampf dauerte 2 – 3 Stunden mit Pausen. Es gab keinen Schiedsrichter; wer die informellen Regeln mißachtete, wurde von den anderen "niedergemacht". Informelle Regeln waren z. B., daß Handschuhe nicht mit zusätzlicher Schlagkraft ausgerüstet werden durften; wer im Gesicht blutete oder auf dem Boden lag, durfte nicht weiter malträtiert werden. Die Faustkämpfe durften nicht zur Lösung persönlicher Probleme mißbraucht werden, von sozialem Druck zur Teilnahme kann man ausgehen.

Worin lag die Bedeutung der Faustkämpfe? Hauptziel der Faustkämpfe war ganz sicher die Stärkung der Solidargemeinschaft, ob es sich nun um ein Dorf oder eine Berufsgruppe handelte. Das damit verbundene Kräftenessen war ein Männlichkeitsritual, das dem Erlangen von Sozialprestige diente, ging es dabei doch um die Ehre des Einzelnen sowohl innerhalb des Dorfes als auch über die Dorfgrenzen hinaus. Mit den Faustkämpfen lag ein Ventil zum Abbau von Spannungen vor, Rivalitäten konnten innerhalb eines festen Rahmens ausgetragen werden. Insgesamt kann man von institutionalisierter Gewalttätigkeit sprechen.

Immer wieder wurde von staatlicher oder kirchlicher Seite versucht, den Faustkämpfen ein Ende zu setzen, erfolglos bis zu einem Gesetz gegen Hooliganstvo der

Sowjetmacht, das das Ende der Faustkämpfe in Rußland einläutete.

Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion drehte sich sofort um den Bezug zur Gegenwart. Die Frage, die im Raum stehenblieb und nicht ausdiskutiert werden konnte (auch die Kaffeepause reichte nicht aus), ist folgende: Früher gab es Ventile zum Aggressionsabbau, gab es Initiationsriten für junge Männer. Heute fehlen diese körperlichen Ventile, es kommt aber in unserer Gesellschaft zu unkontrollierbaren Gewaltausbrüchen, z.B. nach Fußballspielen. Was kann die Gesellschaft tun, um Abhilfe zu schaffen?

Über "**Die Menschenrechtssituation in Russland**" unterrichtete uns **Peter Franck** von **amnesty international, Berlin**, im Vorstand für Mitgliedschaft zuständig, seit neustem auch für die Russland-Arbeit von ai.

ai ist die größte internationale Menschenrechtsorganisation, die im Jahre 2001 ihren 40. Geburtstag feiern wird. Es handelt sich dabei eher um ein "movement" ohne zu festgezurte Strukturen, die Arbeit wird zum größten Teil ehrenamtlich von "ganz normalen" Menschen geleistet, die durch hauptamtliche Strukturen unterstützt werden. ai stützt sich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, arbeitet dabei gegen die Verletzung ganz spezifischer Menschenrechte. Schwerpunkte sind Verletzung der Meinungsfreiheit und der körperlichen Integrität. Dabei geht es dann konkret um gewaltlose politische Gefangene, um Langzeithaft, um Folter, Todesstrafe, Verschwindenlassen.

ai hat 3 Grundprinzipien:

- Die Organisation ist unparteiisch, möchte Ansprechpartner für alle Beteiligten sein, ist damit nie für oder gegen eine bestimmte Regierung, unterstützt nicht die jeweilige Opposition.
- ai ist finanziell unabhängig, erhält kein Geld vom Staat. Die deutsche Sektion beschafft pro Jahr ca. 15 Millionen DM, wobei die Beschaffung von Spendengeldern sehr zeitaufwendig ist. Zwischen den Sektionen gibt es einen "Finanzausgleich".

- Es wird nie Arbeit zur Menschenrechtssituation im eigenen Land geleistet.

Nach Art der Arbeit kann man unterscheiden zwischen der "professionellen" Arbeit wie Öffentlichkeitsarbeit, Berichte, Pressekonferenzen, Gespräche mit Regierungen, und den "Aktionen" für die ehrenamtlichen Mitglieder.

Menschenrechtsarbeit in Rußland war früher sehr unbeliebt. Es gab zwar gravierendste Verletzungen von Menschenrechten wie psychiatrische Zwangsbehandlung und Langzeithäftlinge, aber wenig Informationen. Bereits wer Informationen sammelte, lief Gefahr, als Spion betrachtet zu werden. Die Arbeit lief immer ins Leere, Erfolge konnten nicht festgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit Menschen im Land war immer auch politische Arbeit, da man mit Menschen mit anti-kommunistischem Hintergrund zusammenarbeitete. Nach der Wende besserte sich die Lage erheblich, vieles steht allerdings nur auf dem Papier. Russland ist internationalen Abkommen beigetreten, gehört dem Europarat an, hat die europäische Anti-Folter-Konvention unterzeichnet, einen Menschenrechtsbeauftragten benannt.

ABER: Die Ideen in den Köpfen, was man mit Menschen machen kann, bleiben.

Gewaltlose politische Gefangene gibt es nur noch vereinzelt, interessanterweise kommen sie vorzugsweise aus dem Umweltschutzbereich. Ein Beispiel hierfür ist der Presseoffizier der Nordmeerflotte Nikitin, der aus allgemein zugänglichen Informationen Berichte zusammenstellte, die ihm eine Anklage, Haft und lange andauernde Verhandlungen eintrugen. Aufgrund des öffentlichen Drucks, Anwesenheit von TV-Teams, wurde er mit Verweis auf die europäische Menschenrechtserklärung freigesprochen. Ob es sich hierbei um den Beginn einer unabhängigen Justiz oder einen Telefonanruf von Jelzin handelte, ist unklar.

Es gibt weiterhin Folter und Mißhandlungen, der Umgang mit Verdächtigen läßt sehr zu wünschen übrig, der gesamte Strafvollzug ist ein Problembereich. Das Tbc-Risiko in den Gefängnissen ist 10mal so hoch wie außerhalb. Die Gefängnislei-

tung fühlt sich nicht zuständig für die Gesamtversorgung der Gefangenen, daher die halboffizielle Empfehlung, Gefangene sollten in der Nähe der Familien untergebracht werden, so daß diese sich um ihre Versorgung kümmern können. Die Haftquote liegt bei 780 Inhaftierten pro 100.000 Einwohner (zum Vergleich: Deutschland 70, USA 560 Inhaftierte), die Gefängnisse sind z.T. 10fach überbelegt, trotz regelmäßiger, allerdings nicht zu 100% umgesetzter Amnestien. Die Todesstrafe ist nach wie vor nicht abgeschafft, auch wenn sie z.Zt. nicht vollstreckt wird.

Problematisch ist auch die Situation in den Streitkräften. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung steht zwar in der Verfassung, aber es gibt kein Gesetz zu ihrer Durchführung. Gespräche darüber laufen in der Duma. Im Zusammenhang mit der Wehrpflicht kann man fast von "Sklavenhaltung" sprechen. Die Wehrpflichtigen sind chronisch unterversorgt, die Selbstmordrate ist bestürzend hoch. Die Soldatenmütter sprechen von 6000 – 8000 Fällen pro Jahr. Einziger Ausweg ist bislang die Desertation.

Schwierig auch die Informationslage in Tschetschenien. Eine Einreise ist nicht möglich, man ist auf Interviews mit Flüchtlingen angewiesen. Es gibt Hinweise auf völkerrechtliche Verletzungen, Übergriffe gegen Zivilisten, insbesondere Ärzte und Krankenhäuser sind betroffen, wobei diese Übergriffe damit gerechtfertigt werden, daß Tschetschenen sich bewußt hinter Zivilisten und in Krankenhäusern verstecken. War die Situation der Flüchtlinge immer schon schwierig, so hat sie sich nun aufgrund der massiven Übergriffe der Polizei gegen Jugendliche und ethnische Minderheiten, insbesondere nach den letzten Anschlägen, noch verschärft. Allerdings gab es auch vor dem Konflikt mit Russland Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien. Nach Einführung der Scharia gab es öffentliche Hinrichtungen, Händeabhacken, Auspeitschungen.

Russland ist für ai ein "high priority country". Gearbeitet wird folgendermaßen: Es werden Informationen von Journalisten, von Menschenrechtsorganisationen und eigenen "researchern" gesammelt. Für ai unterwegs ist eine Bulgarin, die (noch?) frei reisen kann. Es werden Verdachts-

momente gesammelt, z.B. nach Gesprächen mit Flüchtlingen, danach wendet sich an die Regierung mit der Bitte um Aufklärung, schreibt einen Bericht, der vor der Veröffentlichung der Regierung wiederum zur Stellungnahme vorgelegt wird, hält Pressekonferenzen ab. Die deutsche Sektion konzentriert sich seit 3 Jahren auf die Permer Region. Der Kenntnisstand in Deutschland hat sich seitdem gebessert, ein Problem ist die Isolation der Menschen vor Ort, die zu ihrer Motivation auf internationale Kontakte angewiesen sind. Perm ist ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Memorial und der Regierung. Es gibt eine lokale Form der Zivildienstregelung, Mittel hierfür kommen von der Regionalregierung und der Ford Foundation. So wurden ohne rechtliche Grundlage 10 – 12 Zivi-Stellen geschaffen, die durch die Gerichte anerkannt werden.

Der wohl berühmteste, leider auch am meisten gefährdete Gastredner war **Dr. Michel Friedmann**, Präsidiumsmitglied im Zentralrat der Juden. Bedrückend, daß jemand wie er – Jude in herausgehobener Position – nur mit Polizeischutz auftreten kann. Sein Thema **“Juden in Deutschland – Befangene Begegnungen“** leitete er mit ein paar kurzen Worten ein, um dann aber gleich das Gespräch, die Diskussion zu suchen, und das in brillanter Rhetorik.

Friedmann wurde in Frankreich geboren, ging dort zur Volksschule, trägt nach eigenem Bekunden die ganze jüdische Geschichte in sich. Seine Eltern und Großeltern hatten überlebt, weil sie auf Schindlers Liste standen, alle anderen Verwandten waren umgekommen. Friedmann, so seine Aussage, konnte nie alle Deutschen schlecht finden, denn ein Deutscher hatte seine Eltern gerettet. So war auch nie Haß Teil der Erziehung gewesen, auch die Eltern hatten nie gehaßt, sie waren nur traurig.

Jüdisches Leben in Deutschland, das sind ca. 100.000 Juden, damit die drittgrößte Gemeinde in Westeuropa nach Frankreich und Großbritannien. In den letzten 10 Jahren hat sich die Anzahl der Juden verdreifacht, insbesondere als seit Anfang der

90er Jahre 30.000 – 35.000 Juden wegen des militanten, von staatlicher Seite gewünscht-verordneten Anti-Semitismus aus Russland auswanderten.

Jüdisches Leben in Deutschland ist schwierig, von vielen Emotionen geprägt, ambivalent. Diejenigen, die nach dem 2. Weltkrieg die jüdischen Gemeinden wieder aufbauten, waren Holocaustüberlebende und deren Kinder. Die Zeitgenossen, mit denen sie es zu tun hatten, waren schon im Dritten Reich Lehrer, Polizisten, Verwaltungsleute gewesen. Friedmann selbst hat Vertrauen: Seine Freunde tragen keine Schuld, sie werden es besser machen, aber z.Zt. gibt es Rückschläge, ist die Gewalt wieder alltäglich geworden, gibt es einen großen Sympathiesanktenkreis für Gewalt und rechte Parolen.

Friedmann hält für unsere Beziehungen zu anderen unsere Bilder im Kopf am wichtigsten. Unsere Vorstellungen von Dritte-Welt-Ländern, von Indern, von Juden sind irrational. Die jüdische Gemeinde in Deutschland entspricht in ihrer Zusammensetzung dem Durchschnitt der Bevölkerung, was u. a. ihre Zusammensetzung, ihre Bildungsangebote angeht. Weder kann man von Assimilierung noch von Ghetto-dasein sprechen. Auch wenn man davon spricht, daß sie eine große Integrationsleistung vollbracht hat, so ist Friedmann gegen Anpassung und für Selbstverwirklichung.

Die Frankfurter jüdische Gemeinde hat 7.000 Mitglieder, 380 Angestellte, organisiert Betreuungsprojekte, leistet Kulturarbeit, zu deren Veranstaltungen jährlich 30.000 – 35.000 Menschen ins Gemeindezentrum kommen und bei denen keineswegs nur jüdische Themen behandelt werden.

Das Dritte Reich begleitet uns nach Friedmann immer. Trotzdem ist die junge Generation nicht verantwortlich für die Vergangenheit, um so mehr aber für die Zukunft. Wenn jüdisches Leben in Deutschland unmöglich ist, dann ist menschliches Leben allgemein unmöglich in Deutschland. Wenn jemand diese Vielfalt nicht aushalten kann, dann muß der gehen, und nicht ich. Friedmann ist nicht gegen Anti-Semitismus und Fremdenfeindlichkeit, sondern für Vielfalt. Entspre-

chendes gilt für die Zukunft der jüdischen Gemeinden in Deutschland: Wenn die Bundesrepublik ein pluralistisches, neugieriges, demokratisches Land ist, wird es auch in Zukunft jüdisches Leben in Deutschland geben.

Woher kommt der Anti-Semitismus bei einer Generation, die mit Juden nie zu tun hatte? Laut Friedmann von den Aussagen Erwachsener, die sie zu Zeiten machten, an die wir keine Erinnerung haben. Leider gibt es keine Korrelation zwischen der Größe einer Gruppe und Ausländerfeindlichkeit. Sonst hätte die Verdreifachung der Anzahl der Juden in Deutschland in den letzten 10 Jahren ja zu einem Abbau des Anti-Semitismus führen müssen. Allerdings ist es nicht Aufgabe der Minderheit, Aufklärungsarbeit zu leisten, sondern der Gesellschaft. Sie muß gegen Anti-Semitismus und Rassismus vorgehen, gleichzeitig für eine Stärkung des Selbstbewußtseins arbeiten. Denn nur wer ein starkes Selbstbewußtsein hat, kann den Anderen mit seinem Anderssein ertragen. Notwendig ist Bildungsarbeit, Arbeit gegen den Unwillen zu reflektieren.

Wichtig in diesem Zusammenhang sicher auch die Erfahrungen der jüdischen Gemeinde, die die Integration der vielen Auswanderer erfolgreich bewältigt. Ganz sicher spielt hier die Verantwortung von "leadership" eine große Rolle. War die Aufnahme neuer Gemeindeglieder "von oben" gewollt und wurde aktiv unterstützt, waren auch die Ergebnisse positiv. Aber auch jüdische Gemeinden haben negative Erfahrungen gemacht. Wenn der Leiter einer jüdischen Gemeinde gegen die Aufnahme war, gab es enorme Probleme.

Zum Schluß noch einmal Ausdruck der Sorge von Seiten Friedmanns. Sorge nicht wegen der Skins und Schläger. Würde die Polizei konsequent gegen sie vorgehen, wäre das Problem innerhalb eines Jahres gelöst. Sorge eher wegen des Sympathiesantenkreises, der Normalbürger, die sagen, es ist nicht in Ordnung, daß jemand totgeschlagen wird, aber .... Sorge nicht aus Angst um die Juden, sondern aus Angst um uns alle. Zunächst ist es Rassismus, dann richtet sich die Gewalt gegen Behinderte, dann kommen vielleicht schon die Alten, wer kommt dann? Die Gesellschaft kann solche Gewalt nicht to-

lerieren, nicht wegen der Minderheiten, sondern um unser aller willen. Notwendig ist, daß wir alle etwas tun.

Natürlich konnte die Tagung in Frankfurt nicht ohne **Börsenbesuch** stattfinden. Die Frankfurter Wertpapierbörse wurde 1585 gegründet, um einheitliche Wechselkurse für Münzen festzulegen. 1820 wurde die erste Aktie gehandelt. Nach dem Crash an der Wallstreet Ende der 20er Jahre gingen auch die Kurse der Frankfurter Börse um 90% zurück. War unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg die Einstellung zur Aktie eher von Angst geprägt, so hat sich auch in Deutschland die Lage nach dem Börsengang der Telekom Mitte der 90er Jahre geändert. 1993 wurde die Frankfurter Wertpapierbörse zur Deutschen Börse AG, deren Aktionäre Banken, Regionalbörsen und Makler sind.

Vom Parketthandel war nicht viel zu sehen. Nicht nur, weil zu dieser Tageszeit das meiste schon gelaufen war, sondern weil mittlerweile 90 – 95% des Umsatzes über das vollautomatische Xetra-System läuft.

Der in Kiev ausgefallene Vortrag von **Tobias Münchmeyer** von **Greenpeace** über Tschernobyl hätte nun in Frankfurt stattfinden können, kurzfristig wurde gemeinsam eine Themenänderung beschlossen, und es ging nun um ein akuterer Thema, um die **Wiederaufbereitungsanlage Hanau**.

In Rußland waren zivile und militärische Nutzung von Atomkraft nie getrennt, ging das Atomprogramm von 1945 doch auf die Erfahrungen mit den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zurück. Das Ministerium für Atomenergie ist demnach auch zuständig für beide Aspekte. Diesem Ministerium gehörten ca. 1 Million Mitarbeiter an, von denen die meisten in geschlossenen Städten lebten und arbeiteten. Dann kam die Abrüstung. An Plutonium, das in natürlicher Form nicht vorkommt, hatten sich in der Zwischenzeit weltweit 268 Tonnen angehäuft, 130 Tonnen davon in Rußland, etwas mehr als 100 Tonnen in den USA, der Rest in Frankreich, Großbritan-

nien und China. Plutonium ist extrem gefährlich, kann aber aufgrund seiner hohen Dichte relativ leicht gestohlen werden. 4 kg reichen aus für eine Bombe der Sprengkraft von Hiroshima, das entspricht ungefähr einem kleinem Wasserglas voll. Eine von Jelzin und Clinton 1997 eingesetzte Expertenkommission unterbreitete 2 Vorschläge zur Entsorgung:

- Immobilisierung, d.h. Einschweißen in kristalline Substanzen
- Vermoxung, d.h. Plutonium wird mit Uran zu Mox-Brennstoff verarbeitet und kann dann in normalen Druckwasserreaktoren eingesetzt werden.

Für Rußland ist Plutonium ein Wertstoff, Immobilisierung ist dort aktuell undenkbar. Die USA sind noch unentschieden, werden wohl beide Verfahren einsetzen.

Greenpeace ist grundsätzlich gegen die Vermoxung, da damit eine Erhöhung der Proliferationsgefahr einhergeht, der Einsatz in russischen AKWs unsicher und das Verhalten von Brennstäben mit Plutonium unbekannt ist. Aufgrund der begrenzten Anzahl von AKWs würde die Entsorgung der vorläufig geplanten 34 Tonnen 17 Jahre dauern. Eine Immobilisierung wäre schneller, billiger und sicherer, da die Immobilisierung nur unter sehr großem Aufwand rückgängig zu machen wäre.

Um Rußland bei der Entsorgung zu helfen, ist die internationale Gemeinschaft bzw. sind die G8-Staaten bereit, 2 Milliarden Dollar zu zahlen, eine direkte Subvention für die russische Atom-industrie, die nun den Bau von 40 neuen AKWs bis zum Jahr 2020 plant.

Hier kommt nun Hanau ins Spiel. Um die Vermoxung zu beschleunigen und möglichst billig zu machen, sollte man keine neue Fabrik aufbauen müssen, wenn eine bestehende Anlage geliefert werden könnte – die Wiederaufbereitungsanlage Hanau. Sie war nie in Betrieb genommen worden, der damalige grüne Umweltminister des Landes Hessen Joschka Fischer hatte dies verhindert.

Die Bundesregierung hat nach eigenen Aussagen keine Handhabe, den Export zu verhindern. Ein Export scheitert bis jetzt

an der Haftungsfrage. Nach russischem Recht haftet der Lieferant einer solchen Anlage für den Betrieb in Rußland.

Greenpeace hat somit Zeit gewonnen, um seine Lobbyarbeit gegen die Vermoxung fortzusetzen, in Gesprächen mit amerikanischen Abrüstungsexperten, mit deutschen Bundestagsabgeordneten, mit vermehrten Aktivitäten in den USA.

Einen ungewöhnlichen, sehr angenehmen Abschluß fand die diesjährige Konferenz in einem Abendessen auf Einladung von Alexandra Gräfin Lambsdorff in den Räumen der Deutschen Bank, gemeinsam mit den Teilnehmern des gleichzeitig in Frankfurt tagenden Young-Leader-Seminars, mit Dinerspeech von Dr. Tessen v. Heydebreck, Vorstand der Deutschen Bank zur Geschichte des Engagements der Deutschen Bank in Rußland.

Es war eine rundum gelungene Konferenz!!! 33 Club-Mitglieder, 24 Deutsche und 9 Russen, hatten an der Konferenz teilgenommen, aufmerksam gelauscht, eifrig diskutiert, versucht, sich einen groben Überblick über das Frankfurter Kneipenviertel Sachsenhausen zu verschaffen, in dem dankenswerterweise unser Hotel lag. Auch der Tagungsort lag in Fußnähe zum Hotel. Es gab keinen Grund, morgens zu spät zu kommen, fing der erste Vortrag doch zu durchaus zivilen Zeiten an.

Einen herzlichen Dank an die Organisatoren. Gerade in einer großen Stadt, in der man in jeder Hinsicht die Qual der Wahl hat, ist die Vorbereitung einer Konferenz für "anspruchsvolle, erfahrene Konferenzteilnehmer" nicht einfach.

Einige Kontakte sind neu geknüpft, viele aufgefrischt und intensiviert worden – und möglichst alle wollen nach Nishnij Novgorod kommen.

Andrea Lenhart, im November 2000